



Suchergebnisse: Kasernenräte

16. November 1918 – Eine Kommission für eine Soldatenräte-Verordnung

München * Eine Versammlung der Münchner Kasernenräte ernennt eine sechsköpfige Kommission, die gemeinsam mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten einen Entwurf für eine Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte erarbeiten soll.

7. Dezember 1918 – Die Kasernenräte sprechen dem Soldatenrat das Misstrauen aus

München-Ludwigsvorstadt * Im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße tagen die Kasernenräte. Sie verurteilen die nächtliche Demonstration vom Vortag. Dem Soldatenrat sprechen sie ihr Misstrauen aus, weil von den 15 Mitgliedern, die der Soldatenrat in den Nationalrat entsendet, acht befinden, die nicht gewählt worden sind, sondern sich in der Revolutionsnacht selbst dazu ernannt haben. [Darunter: Felix Fechenbach, Fritz Schröder und Fritz Sauber]. In der Folge tritt der Soldatenrat zurück und leitet Neuwahlen ein.

28. Dezember 1918 – Erste Bewerber für die Bürgerwehr

München * An allen Anschlagtafeln Münchens findet sich ein Aufruf zur Schaffung einer Bürgerwehr, die die bestehende Staatsform „gegen jeden Angriff verteidigen“ will. Die Botschaft spricht sich schnell herum. Noch am selben Tag melden sich die ersten Bewerber im vorsorglich schon eingerichteten Büro der Bürgerwehr an der Salvatorstraße. Die Münchner Kasernenräte lehnen eine Bürgerwehr umgehend ab.

27. Januar 1919 – Kasernenräte planen eine Massendemonstration gegen Offiziere

München * Die Kasernenräte planen eine Massendemonstration gegen die Offiziere der Münchner Garnison. In Verhandlungen kommt der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, den Organisatoren so weit in ihren Forderungen entgegen, dass sie von weiteren Aktionen absehen.

15. Februar 1919 – Zeitungs-Aufrufe zur Bildung einer Freiwilligen Volkswehr



München * In den Tageszeitungen erscheinen Aufrufe zur Bildung einer „Freiwilligen Volkswehr“ gegen das „Gespenst der Anarchie“ und das „Elend des Bolschewismus“. Unterzeichnet sind diese Aufrufe von Kasernenräten und Kommandeuren einzelner Truppenteile.

2. März 1919 – Die Münchner Kasernenräte stellen sich hinter die neugewählte Regierung

München * In einer Erklärung geben die Münchner Kasernenräte bekannt, dass sie sich hinter die neugewählte Regierung stellen wollen.

3. März 1919 – Die Kasernenräte kritisieren die Ausgabe der Waffen an die Arbeiter

München * Die Kasernenräte kritisieren in einem öffentlichen Aufruf die Ausgabe der Waffen an freigewerkschaftlich organisierte und sozialistischen Parteien angehörenden Arbeitern, weil dabei Spartakisten bevorzugt worden sein sollen.

4. April 1919 – Die Kasernenräte unterstützen den Zentralrat

München * Die Münchner Kasernenräte stellen sich voll hinter den Zentralrat. Sie beschließen einstimmig: Beim Zusammentritt des Landtags keine Bereitschaften zu stellen und Schutzmaßnahmen zu treffen. Bei einem Generalstreik liegen die Sympathien der Garnison bei den Arbeitern. „Die Garnison bleibt neutral“.

8. April 1919 – Die Münchner Kasernenräte stehen hinter der Räterepublik

München * Über Flugblätter lässt der Vollzugsausschuss des Soldatenrats München erklären, dass die Kasernenräte sämtlicher Münchner Truppenteile hinter der Räterepublik stehen.

9. April 1919 – Wilhelm Reichart wird Volksbeauftragter für das Militärwesen

München * Der Kellner und Mitglied des Vollzugsausschusses des Landessoldatenrats, Wilhelm Reichart, wird einvernehmlich zwischen



dem Provisorischen Revolutionären Zentralrat und
den Kasernenräten zum Volksbeauftragten für das
Militärwesen ernannt. Er wird das Amt bis zum 13. April ausüben.

18. April 1919 – Flugblätter gegen die Regierung Hoffmann

München * Die Kasernenräte werfen aus fahrenden Autos gegen
die Regierung Hoffmann gerichtete Flugblätter ab.

25. April 1919 – Macht Euch selbst einen Eindruck über die Lage in München

München * Die Kasernenräte fordern in Flugblättern die Weißen Truppen auf, sich selbst einen Eindruck über die wirkliche Lage in München zu verschaffen: „Das Proletariat Münchens garantiert Eurer Abordnung absolute Sicherheit, Ihr könnt jederzeit kommen, Euch alles ansehen und jederzeit ungehindert zurückkehren“.

26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf

München-Graggenau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner



Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.

27. April 1919 – Die Betriebs- und Kasernenräte stürzen die kommunistische Räterepublik

München-Graggenau * Ernst Toller bekräftigt im Hofbräuhaus erneut seine Meinung, dass die jetzige Räteregierung eine „Gefahr für das Proletariat und die Räterepublik“ darstellt. Die Betriebs- und Kasernenräte zwingen den Aktionsausschuss zum Rücktritt und entziehen damit auch dem Vollzugsrat das Vertrauen. Damit beenden sie die kommunistische Diktatur des Proletariats von Eugen Leviné und Max Levien.
